

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.05.2013**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal Marktplatz 2 06108 Halle (Saale)
Zeit:	16:00 Uhr bis 18:35 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Hanna Haupt

Frau Beate Gellert
Frau Ilona Hackel
Herr Leonhard Dölle
Herr Dr. Hendrik Kluge
Herr Uwe Kramer
Frau Kerstin Masur

Frau Sylvia Plättner
Frau Anja Pohl
Frau Helga Schubert

Frau Carmen Wiebach
Herr Klaus Adam
Herr Andreas Schachtschneider
Frau Ute Haupt
Herr René Trömel
Frau Dr. Inés Brock
Herr Kevin Klose
Herr Rene Moses
Frau Tatjana Privorozkaja
Frau Katharina Brederlow
Herr Mirko Petrick
Frau Sabine Wolff
Frau Heike Wießner

SPD

Kinder- und Jugendhaus e. V.
Arbeitsagentur Halle
Volkssolidarität Merseburg-Querfurt e.V.
Kirchenkreis Halle-Saalkreis
Villa Jühling e. V.
Caritasverband für die Stadt Halle und das
Dekanat Halle (Saale) e. V.
AWO Regionalverband Halle-Merseburg e. V.
Stadtelternbeirat
DRK Kreisverband Halle-Saalkreis-
Mansfelder Land e. V.
Jobcenter Halle
FDP, stellv. Mitglied im JHA
CDU
DIE LINKE.
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kinder- und Jugendrat
Humanistischer RV
Jüdische Gemeinde zu Halle
amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung
Kinder- und Jugendbeauftragter
MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
stimmberechtigtes Mitglied im JHA -CDU

Entschuldigt fehlen:

Frau Antje Klotsch
Herr Klaus Hopfgarten
Herr KR Ralf Berger
Herr Richter Bruno Glomski
Frau Renate Leonhard
Frau Katja Raab
Herr Tobias Kogge
Frau Petra Schneutzer
Frau Susanne Wildner

Stimmb. Mitglied (Freie Träger)

SPD
Polizei Halle
Amtsgericht Halle
Katholisches Propsteipfarramt
FDP
Beigeordneter für Bildung und Soziales
Beauftragte für Migration und Integration
Gleichstellungsbeauftragte

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau H. Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde

Es gab folgende Beiträge/Anfragen:

Frau Hartenstein sprach an, dass sie im Mai 2012 ein Kind bekommen hat, dies 3 Wochen später beim EB KITA angemeldet. Der EB KITA sicherte einen Platz nicht ihrer Wahl ab Sept. 2013 zu, für einen Platz ihrer Wahl Sept. 2014.

Sie bezahlt nun mit Tagesmutter und Kita in Höhe von 396 Euro. Ihr Widerspruch beim Jugendamt vom Januar 2013 wurde bis heute nicht beantwortet. Heute erhielt sie vom Jugendamt die Auskunft, dass sie keine Fortführung der Betreuung erhalten wird. So müsse sie ihren Job kündigen. Sie bat um die Fortführung der Betreuung und die Beantwortung des Widerspruchs.

Frau Brederlow, Stadt Halle, amtierende Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, sagte die Einzelfallprüfung bis zum 10.5.2013 zu.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau H. Haupt, Ausschussvorsitzende, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte Herrn Ahrend, Stellvertreter von Stadträtin Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.03.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorstellung der Netzwerkgruppe "Kita-Schule-Hort-Jugendhilfe" Bereich Süd
Herr Wagner als Vertreter der Netzwerkgruppe
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle (Saale) gemäß § 2 (2) KJHG LSA
Nachversendung!
Vorlage: V/2013/11577
 - 6.1.1. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Satzung des Jugendamtes
(V/2013/11577)
Vorlage: V/2013/11692
 - 6.1.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, der Fraktion
Die LINKE. und des stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Uwe
Kramer
Vorlage: V/2013/11690
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern des JHA
(Freie Träger)
 - 7.1. Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im
Jugendhilfeausschuss auf zeitnahe Bescheidung - bis spätestens 31.12. des
Antragjahres
Vorlage: V/2013/11414
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Themenspeicher
10. Mitteilungen
 - 10.1. Bericht "JUGEND STÄRKEN -Aktiv in der Region"
 - 10.2. Quartalsbericht zu Hilfen zur Erziehung (HzE) und zur Auswertung Bedarfs- und
Entwicklungsplanung KITA
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.03.2013

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, fragte, ob nun die Niederschriften immer erst acht Wochen später kommen werden. Frau Brederlow sagte, dass sich die Verwaltung bemühe, die Niederschriften zeitnah einzubringen. Die Niederschrift wurde dann ohne Änderungen **einstimmig genehmigt**.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Es gab nichts bekannt zu geben.

zu 5 **Vorstellung der Netzwerkgruppe "Kita-Schule-Hort-Jugendhilfe" Bereich Süd Herr Wagner als Vertreter der Netzwerkgruppe**

Herr Wagner als Vertreter der Netzwerkgruppe, stellte das Netzwerk mittels PowerPoint-Präsentation vor.

Herr Schachtschneider, CDU, fragte, ob es Ambitionen gab, das Netzwerk auf andere Sozialräume auszuweiten.

Herr Wagner erklärte, dass es eine sozialraumübergreifende Netzerkennung bisher nicht gibt.

Frau Gellert, Kinder- und Jugendhaus e.V., bestätigte den Sachverhalt. Die erklärte, dass bisher das breite Interesse nicht geweckt werden konnte. Es braucht seine Zeit und vor allem, eine Führung und Moderation. Bei den freien Trägern ist die personelle Kapazität nicht vorhanden. Ggf. wäre derlei durch die Sozialraummanager zu realisieren.

Frau Brederlow sagte, dass es schon seitens des Jugendamtes Versuche gegeben hat, dieses Thema zu bearbeiten. In der Praxis erwiesen sich die Bedingungen in den einzelnen Sozialräumen als sehr unterschiedlich. Von daher ist eine solche übergreifende Netzerkennung offenbar sehr schwer.

Herr Wagner ergänzte, dass es sehr viel Vertrauen braucht, sich mit anderen an einen Tisch zu setzen und sich über die eigenen Probleme zu unterhalten. Das sei sehr schwer.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle (Saale) gemäß § 2 (2) KJHG LSA Nachversendung! Vorlage: V/2013/11577**

Frau Brederlow gab eine Einführung, warum es diese BV gibt (Gesetzesänderungen, Strukturänderungen, Personaländerungen, Aufgabenänderungen auch in der Verwaltung).

Herr Dölle, Volkssolidarität Merseburg-Querfurt e.V., monierte den Beschlusstext, wonach der Fachbereich Bildung gleich Jugendamt sei. Das stimme so nicht, der Fachbereich Bildung sei mehr als das Jugendamt nach SGB VIII. Zudem sei der Begriff Fachbereich Bildung für viele Menschen eben nicht das Jugendamt, was verwirrend sei. Er fragte, wie das zu ändern sei. Sein Vorschlag: „Fachbereich Jugend, Familie und Bildung“.

Die Überschrift der Satzung ist demnach auch irreführend bzw. falsch.

Des Weiteren fehlt ihm bei den beratenden Mitgliedern das Jobcenter.

Frau Brederlow prüfte den letztgenannten Hinweis und bestätigte ihn. Es wird nachgetragen.

Frau Brederlow sagte klar, dass das Jugendamt trotz des Namens weiter bestehen bleibe.

Herr Dölle erklärte, dass dieser Sachverhalt gerade für eine Namensänderung spräche.

Frau Wolff fragte, wer denn die Sozialplanungsgruppe sein solle, die nach § 2 Grundlage für die Jugendhilfeplanung sein solle.

Sie fragte weiter, warum die Jugendhilfeplanung der Sozialplanung untergeordnet sein solle?

Frau Brederlow antwortete, dass die Sozialplanungsgruppe das Team ist, welches von Herrn Weiske geführt wird. Es wird nicht die Jugendhilfeplanung ersetzen, sondern „nur“ strategische Vorgaben für die Jugendhilfeplanung entwickeln.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte § 5 ändern: sie möchte den Begriff „Mädchenarbeit“ streichen und durch „Personen“ ersetzen.

Frau Brederlow akzeptierte diesen Vorschlag.

Frau Pohl, Stadtalternbeirat, wies auf den Begriff „Stadtalternrat“ und „Stadtalternbeirat“ hin. Hier ist in der Beschlussvorlage der falsche Begriff verwendet worden.

Frau Brederlow übernahm den Änderungshinweis.

Herr Schachtschneider unterstrich Herrn Dölles Bedenken. Der momentane Begriff „nur“ Fachbereich Bildung sei unzureichend.

Herr Kramer, Villa Jühling e.V., stellte einen Änderungsantrag zu § 2: bei „zuständig für planerische Vorgaben“ sei die Formulierung bedenklich:

„Die Sozialplanungsgruppe arbeitet mit der Jugendhilfeplanung zusammen. Die Planungen im Sozialbereich und im Bereich der Jugendhilfe werden aufeinander abgestimmt und sollen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.“

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle –NEUES FORUM, verdeutlichte, dass dem Gesetz damit klarer entsprochen werden würde.

Frau Schubert, DRK KV Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.V., kritisierte, dass der Jugendhilfeausschuss lt. Satzung Bestandteil des Fachbereichs Bildung sei.

Herr Dölle brachte daraufhin den Änderungsantrag ein: In der Satzung aus „Fachbereich Bildung“ überall „Fachbereich Jugend, Familie und Bildung“ ersetzen.

Frau Dr. Brock fragte Frau Brederlow nach den Chancen der Umbenennung.

Frau Brederlow antwortete, dass der Jugendhilfeausschuss durchaus berechtigt sei, einen Namen vorzuschlagen. Innerhalb der Stadtverwaltung wolle man aber eben möglichst kurze Namen haben.

Herr Dölle trug den gesamten Änderungsantrag vor.

„Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes zu.

Das Jugendamt im Sinne des SGB VIII ist ein eigenständiger Teil des Fachbereichs Jugend, Familie und Bildung.“

Nun wurde abgestimmt:

Als neuer TOP 6.1.1.:

Zum Antrag des stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses Leo Dölle erfolgte eine **einstimmige Zustimmung**.

- Dieser soll als Antrag des Jugendhilfeausschusses in den Stadtrat gegeben werden.

Als neuer TOP 6.1.2.:

Zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, der Fraktion Die LINKE. und des stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses Uwe Kramer

zur Satzung des Jugendamtes: **14 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung**. Damit wurde diesem Antrag **einstimmig zugestimmt**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Bemerkungen:

Es wurde per Antrag der Text zum § 2, Abs.2 geändert:

~~Die Sozialplanungsgruppe ist zuständig für die planerischen Vorgaben im Rahmen der Sozialplanung. Diese bilden die Grundlage für die Jugendhilfeplanung des Fachbereichs Bildung.~~

Die Sozialplanungsgruppe arbeitet mit der Jugendhilfeplanung zusammen. Die Planungen im Sozialbereich und im Bereich der Jugendhilfe werden aufeinander abgestimmt und sollen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.

Abstimmung zu dieser Änderung:

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes zu. ~~Der Fachbereich Bildung ist damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII.~~

Das Jugendamt im Sinne des SGB VIII ist ein eigenständiger Teil des Fachbereichs Jugend, Familie und Bildung.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Satzung des Jugendamtes (V/2013/11577)
Vorlage: V/2013/11692**

Diskussion siehe unter TOP 6.1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der Stadt Halle (Saale) soll wie folgt geändert werden:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes zu.

~~Der Fachbereich Bildung ist damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII.~~

Das Jugendamt im Sinne des SGB VIII ist ein eigenständiger Teil des Fachbereichs Jugend, Familie und Bildung.

**zu 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, der Fraktion Die LINKE. und des stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Uwe Kramer
Vorlage: V/2013/11690**

Diskussion siehe unter TOP 6.1

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

14 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

0 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes **mit der nachstehenden Änderung zu**. Der Fachbereich Bildung ist damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII.

§ 2 Abs. 2 der Satzung des Fachbereiches Bildung der Stadt Halle (Saale) wird gestrichen und mit folgendem Text ersetzt:

Die Sozialplanungsgruppe arbeitet mit der Jugendhilfeplanung zusammen. Die Planungen im Sozialbereich und im Bereich der Jugendhilfe werden aufeinander abgestimmt und sollen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern des JHA (Freie Träger)

**zu 7.1 Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss auf zeitnahe Bescheidung - bis spätestens 31.12. des Antragjahres
Vorlage: V/2013/11414**

Frau Gellert gab noch einmal eine Erinnerung über die Terminwünsche und fragte, ob das Jugendamt dem zustimmen könne.

Frau Schöps, Stadt Halle, Fachbereich Bildung, bejahte dies grundsätzlich.

neuer Text: „im vierten Quartal des laufenden Jahres“

Frau Dr. Brock fragte noch einmal nach, ob sie das alles richtig verstanden habe und das alles nur für die nächsten beiden Jahre gelten würde.

Frau Brederlow bejahte dies.

Frau Wolff fragte, warum wir in Halle nicht so vorgehen würden, wie das vergleichbar in Magdeburg der Fall sei.

Frau H. Haupt, Ausschussvorsitzende, verwies darauf, dass sich Antragsteller und Verwaltung einig seien und von daher derlei Überlegungen hier nicht zu diskutieren sind. Sie rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

14 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

0 Nein-Stimmen

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass der zuständige Fachbereich beauftragt wird, die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen zum laufenden Betrieb von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (Fehlbedarfsfinanzierung) ~~bis spätestens 31. Dezember des Antragjahres~~ **im vierten Quartal des laufenden Jahres** zu bescheiden.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 9 Themenspeicher

Frau H. Haupt, Ausschussvorsitzende, verwies auf die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 23.5.2013 und am 6.6.2013

Frau Dr. Brock fragte, warum wir die Gebührensatzung erst im Juli besprechen, während es in Magdeburg schon eher diskutiert wird, wo dann die neuen Gebühren im August in Kraft treten sollen.

Frau Brederlow erklärte, dass die Gebühren erst zum 1.1.14 in Kraft treten werden. Von daher ist die Zeitschiene in Halle durchaus in Ordnung.

zu 10 Mitteilungen

BuT:

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, gab bekannt, das BuT auch künftig fortgesetzt werden kann. Die Antragstellung geht dann bis 31.8.13.

Es kann sowohl Verlängerungen wie auch Neubeantragungen geben, sagte **Herr Deckert, Jugendhilfeplaner**, auf Nachfrage von **Herrn Trömel, Die LINKE.**,

Frau Gellert, Kinder- und Jugendhaus e.V., fragte, ob im Rahmen von BuT auch an einem Gymnasium ein Schulsozialarbeiter tätig werden kann.

Frau Brederlow sagte, dass wir das gerne machen würden, zumal die Förderrichtlinie das nicht ausschließt.

Struktur des Fachbereichs:

Frau Brederlow stellte die momentane Struktur des Fachbereiches Bildung vor. Sie stellte auch **Frau Dr. Radig als die Stellvertreterin der Fachbereichsleiterin** vor. Das Organigramm wird dem Jugendhilfeausschuss per Mail zugesandt.

Frau Schubert, DRK KV Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.V., fragte, wo das Dienstleistungszentrum Familie zu finden sei.

Frau Brederlow erklärte, dass das Dienstleistungszentrum Familie direkt dem Beigeordneten unterstellt ist.

Frühe Hilfen:

Frau Brederlow informierte, dass das Begrüßungspaket momentan über den EfA abgewickelt wird. Das Jugendamt arbeitet derzeit daran, wie künftig das Thema „Frühe Hilfen“ gestaltet werden kann. Mit fünf Familienhebammen konnten inzwischen Verträge abgeschlossen werden. Damit konnte Halle auf diesem Gebiet Kontinuität wahren.

zu 10.1 Bericht "JUGEND STÄRKEN -Aktiv in der Region"

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, stellte das Projekt und die Partner vor.

Es wurde eine PowerPoint-Präsentation vorgeführt und erläutert.

Frau Wießner, CDU, fragte nach der Form der Auswahl der Schüler und was passiert, wenn die Schüler das Ziel nicht erreichen.

Herr Trömel, Die LINKE., fragte nach dem Zeitpunkt der Strategieerarbeitung im Zusammenhang mit der Haushaltsdiskussion. Er erwartet, dass bereits im September hier Aussagen getroffen werden.

Herr Deckert erklärte, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung bereits daran gearbeitet werde.

Herr Trömel insistierte auf Aussagen bis zum September, da der Dezember eindeutig zu spät sei.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, ergänzte, dass es auf jeden Fall – aus heutiger Sicht- Lücken in der Finanzierung geben wird, da die Gesetzesentwicklung noch nicht exakt bekannt sei.

Frau Hackel, Arbeitsagentur Halle, fragte, warum man sich bei BVJ-praktisch für „Holz“ entschieden habe.

Frau Hackel sagte, dass aber die Ausbildungsplätze auf dem Gebiet hier eher rar seien. Dann entstehen Lücken und die Arbeitsagentur müsse mitunter mit der Ausbildungsvermittlung quasi neu anfangen und es gibt dadurch Zeitverzögerungen. Sie plädiere also dafür, auch Mädchen z.B. an Metallberufe heranzuführen. Man dürfe also sich nicht nur an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientieren, sondern müsse diese auch mehr führen bzw. steuern.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Wirksamkeit bezogen auf die Nachhaltigkeit. Wird also auch nachgefragt, wie sich der Jugendliche, der gefördert worden ist, weiter entwickelt hat.

Herr Raudith erläuterte, dass das Projekt immer an der Kapazitätsgrenze gefahren wird. Man schaue zwar durchaus gelegentlich nach, wie die weitere Entwicklung gelaufen sei. Manchmal müsse man mit demselben Jugendlichen sogar wieder „von vorne anfangen“. Eine generelle Nachhaltigkeitserhebung gibt es jedoch so nicht, da der Kontakt nicht kontinuierlich gehalten werden kann, was jedoch auch nicht dem Anliegen des Projektes entspricht.

Herr Schachtschneider, CDU, fragte, warum man nicht mehrere Projekte, z.B. Holz UND Metall anbiete.

Herr Deckert erklärte, dass dies eine Frage des finanziellen Rahmens des Projekts sei.

Frau Gellert, Kinder- und Jugendhaus e.V., fragte, ob die 0,5 VbE, die Herr Deckert für die Projektbetreuung aufwende, dann bei der Jugendhilfeplanung fehlen würde.

Frau Brederlow erklärte, dass es noch weitere Jugendhilfeplaner gibt.

zu 10.2 Quartalsbericht zu Hilfen zur Erziehung (HzE) und zur Auswertung Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, trug mittels PowerPoint-Präsentation vor, hier

zunächst die **Daten zu HzE**.

Frau Wolff fragte, ob die Hochrechnung vom 1. Quartal aussagefähig für die Jahresprognose sei.

Frau Brederlow erinnerte, dass aus den Erfahrungen früherer Jahre hier keine voreiligen Schlüsse gezogen werden können. Eine Prognose sei derzeit sehr schwierig.

Herr Trömel sprach die Hochachtung vor den Mitarbeitern/innen im Bereich des ASD aus. Danach die **Daten zur Auswertung BEP Kita**.

Herr Schachtschneider kann angesichts der vorgelegten Zahlen das Problem, welches in der Kinder- und Jugendsprechstunde angesprochen worden ist, nicht verstehen. Frau Schöps erklärte, dass das konkrete Problem bekannt sei und nicht im öffentlichen Teil besprochen werden kann.

Herr Trömel fragte nach den Plätzezahlen, bezogen auf die Betriebserlaubniserteilungen. Da seien mehr Plätze angegeben, als Betriebserlaubnisse erteilt werden.

Frau Brederlow erklärte, dass dies nur so scheine, da es sich um Kombinationen bei den Plätzen Kita/Kinderkrippe handelt.

Frau Schöps sagte zu, dass dies künftig besser dargestellt werden wird.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff fragte nach der Situation im ASD, Sozialraum I.

Frau Brederlow informierte, dass in der kommenden Woche das Team Mitte-Nord-Ost seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann.

Frau Dr. Brock bat darum, dass die ihr erteilte Antwort auch den anderen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis gegeben werden wird. Die Antwort soll ja im Protokoll aufgeführt werden.

Frau Brederlow erklärte, dass dies, sobald vom Beigeordneten unterschrieben, geschehen wird.

Frau Dr. Brock fragte nach der Klage des Städte-und Gemeindebundes gegen das Kifög.
Frau Brederlow sagte, dass Halle davon nicht betroffen sei, sie sich aber kündigt machen werde.

Frau U. Haupt fragte nach einer neuen Einrichtung der CARITAS im Süden Halles.

Frau Masur, Stadtmission Halle, informierte über die Vorgeschichte des Projekts, sowie über den Anspruch und den Inhalt. Das Projekt ist nicht von der Stadt finanziert, sondern von der CARITAS.

Herr Trömel fragte nach der Anfrage aus dem Stadtrat vom Januar zum Thema Kita. Die Antwort stehe noch aus und er bat darum, dass die nachgeholt wird.

Zum Zweiten fragte er nach dem Sachstand in der „Klosterstraße“.

Frau Brederlow gab die Belegungszahl bekannt, hinsichtlich des eventuellen Umzugs erklärte sie, dass die Stadt die brandschutztechnische Ertüchtigung vornehmen wird. Es wird also keinen Umzug geben. Das Personal wurde auch ergänzt.

Frau Gellert fragte nach dem Sachstand bei den Kriterien zum Personalkostenanteil bei der Projektfinanzierung, nach dem Sachstand bei den Vorschlägen zur Förderung von Kindern mit besonderen Schwierigkeiten, sowie nach den Handlungsstrategien beim Kampf gegen die Kinderarmut. Sie fragte weiterhin nach dem Sachstand bei der Erarbeitung des Sucht- und Drogenberichts. Schließlich fragte sie, wieso die Mitarbeiter im Jugendamt oft so schlecht zu erreichen seien, sowohl telefonisch wie auch per Mail.

Frau Brederlow antwortete, dass es zum Kriterienkatalog wird es in einer der nächsten Sitzungen Informationen geben wird. Zu einer „AG 78“ können nicht alle einbezogen werden, da das den Rahmen sprengen wird. Richtlinie für Kita-Förderung ist derzeit in der Erarbeitung durch die Verwaltung. Vorgaben durch das Land Sachsen-Anhalt sind nicht bekannt. Die Anfrage zum Suchtbericht wird weiter geleitet.

zu 12 Anregungen

Frau Wolff regte an, dass die Informationen für die Bevölkerung, wenn es zu Einschränkungen der Leistungen des Jugendamtes kommt, verbessert werden soll.

Frau Dr. Brock regte an, dass die Zusammenfassung aus dem UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in den Industrieländern an das Protokoll angefügt werden könne.

Frau Gellert regte an, dass der Jugendhilfeausschuss über besuchenswerte Einrichtungen, die von der Stadt gefördert werden, informiert werden soll.

Frau Brederlow nahm die Anregung auf.

Herr Schachtschneider regte an, das am 6.6.2013 im Zusammenhang mit der Spielflächenkonzeption zu besprechen.

Tobias Kogge
Beigeordneter für Jugend und Soziales

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

B. Werner
Protokollführer